

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigepreis: 50 Pf. für die 3gepalte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 35615 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Der Kampf um den kollektiven Arbeitsvertrag.

Der kollektive Arbeitsvertrag ist zu einem der umstrittensten Probleme geworden. Von Arbeitgeberseite wird gegen ihn Sturm gelaufen, nachdem er in der Vereinbarung vom 15. November 1918 zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände Anerkennung gefunden hat und seitdem in allen größeren Industriezweigen eingeführt worden ist. Gegner des Kollektivvertrages gibt es auch in den Reihen der Arbeitnehmer. Die Meinung über das, was an Stelle des Kollektivvertrages treten soll, geht in beiden Lagern weit auseinander. Ein großer Teil der Arbeitgeber glaubt durch Abschluß von Werkverträgen die Harmonie und Überbrückung der Klassengegensätze zu finden. An sich ein begrüßenswertes Streben. Nur ist innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eine solche Überbrückung nicht möglich. Daß Klassengegensätze bestehen und daher Kämpfe der Klassen untereinander nicht zu vermeiden sind, bevor nicht durch Umwandlung der jetzigen kapitalistischen in eine gemeinwirtschaftliche Produktionsweise eine Aufhebung der Klassen herbeigeführt ist, ist eine Tatsache, die wissenschaftlich begründet wurde von Karl Marx. Sie hat ihre Bestätigung gefunden in den jahrzehntelangen Kämpfen der freien Gewerkschaftsbewegung. Und hieran muß die ersetzte Werksgemeinschaft mit dem Werkvertrage an der Spitze scheitern. Soweit er eingeführt wurde, hat sich immer wieder herausgestellt, daß die betroffenen Arbeitnehmer betrogen waren und sich mancherlei Vorteile verschert hatten. Der Werkvertrag muß aber auch abgelehnt werden, weil bei näherer Betrachtung über das Zustandekommen solcher Verträge sich klar erkennen läßt, daß ein freier Abschluß meistens gar nicht möglich ist, und ein Vertrag jetzt ja die freie Entscheidung beider Parteien voraus. Das Kräfteverhältnis zwischen der Werkleitung und der Belegschaft eines Werkes, die nach der Natur der Sache völlig auf sich allein angewiesen ist, liegt zumeist so zugunsten der Arbeitnehmer, daß in allen entscheidenden Bestimmungen des Vertrages die Arbeiterschaft sich den Forderungen der Werkleitung unterwerfen muß. Gegen den Werkvertrag spricht auch noch neben der viel ungünstiger liegenden rechtlichen Lage gegenüber dem Kollektivvertrage die Tatsache, daß der Werkvertrag mit dem Werke den Lücken und den zahlreichen Zufällen des Wirtschaftslebens unterworfen ist und dadurch viel mehr der Gefahr ausgesetzt ist, von der Werkleitung gebrochen zu werden, als es bei den kollektiven Vereinbarungen, hinter denen die Macht der gesamten gewerkschaftlichen Organisationen steht, der Fall ist. Reichs- und Bezirksverträge, abgeschlossen von den Organisationen, bieten somit für die Arbeiterschaft viel größere Sicherheiten als der Werkvertrag. Die wahren Absichten der Arbeitgeber und ihrer Organisationen bei dem Streben nach Werkverträgen liegen jedem denkenden Arbeiter klar und deutlich vor Augen. Gewinnjucht und uneingeschränkte Machtausnutzung sind in Wirklichkeit das, was sie Harmonie und Überbrückung der Klassengegensätze nennen. Der Werkvertrag wird von der großen Mehrzahl der Arbeiterschaft abgelehnt, wenn er auch hier und da durch Kurzsichtigkeit der betreffenden Arbeiter und vorübergehenden Anfangserfolge gerade wieder in letzter Zeit sich Eingang verschaffen konnte.

Mit noch gefährlicheren Plänen beschäftigen sich die Arbeitgeberkreise, die die Zeit für die Einführung der überwundenen Einzelverträge für gekommen und günstig halten. Was vom Werkvertrag gesagt ist, gilt in erhöhtem Maße vom Einzelvertrag. Hier kann nur in ganz wenigen Ausnahmefällen von dem Zustandekommen eines Vertrages gesprochen werden. Nur einigen wenigen, gesuchten Spezialarbeitern ist es möglich, durch Einzelabmachung mit dem Arbeitgeber erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die Erfindung und Einführung neuer Maschinen und neuer Arbeitsmethoden machen aber oftmals aus dem Spezialisten eine leicht zu ersetzende Arbeitskraft. In diesem Augenblick muß auch er sich, wie jeder andere Arbeiter, jedem Angebot des Arbeitgebers beugen oder die Arbeitsstelle verlassen, sobald er auf sich allein angewiesen ist. Der Widerstand des Einzelvertrages zeigt sich besonders sehr in der Zeit der Krisen, wo Tausende von Arbeitskräften wochen- und monatelang aus dem Wirtschaftsketriebe hinausgedrängt sind, und daher nur zu sehr Geneigtheit zeigen, selbst unter den sehr reformbedürftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der noch bestehenden Gesamtvereinbarungen in den Betrieben sich anzubieten. Einen Einzelvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gibt es streng genommen nicht. Tariflose Zustände, die wir in einigen Industrien vorübergehend hatten, lehren, daß solche Perioden von den Unternehmern zu den rückblicklosesten Verschlechterungen selbst Arbeitern gegenüber benutzt werden, die oftmals ihr ganzes Leben hindurch ihre Arbeitskraft einem Betriebe zur Verfügung gestellt haben. Beim Einzelvertrag bleibt die Unternehmerwillkür Dauerzustand. Selbst in den günstigsten Zeiten vermag der Ar-

beitgeber den einzelnen Arbeiter schnell zu ersetzen, wenn er sich seinen Ausbeutungsabsichten als einzelner widersetzen sollte. Es liegt im Wesen des Einzelvertrages und in der Absicht der Arbeitgeber, durch den Einzelvertrag Mißtrauen und Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft zu säen, um so einem gemeinsamen Vorgehen vorzubeugen. In den tariflosen Zuständen der Vorkriegszeit wußte oftmals der eine Arbeiter nicht, was sein Kollege verdiente, obwohl er vielleicht jahrelang mit ihm zusammen beschäftigt war und mit ihm gemeinsam die gleiche Arbeit verrichtete. Der Einzelvertrag hat auch nur noch unter den Arbeitgebern Anhänger. Von der Arbeiterschaft wird er einmütig abgelehnt. Leider wird von einem

Noch

Tausende von Arbeitern gehören dem Verbands nicht an, die sehr gerne die Organisationserfolge einstecken. Ein solches Verhalten

ist

eines aufrechten Mannes unwürdig. Das muß jedem gesagt werden, der es nicht weiß oder

es

nicht wissen will. Heute kann niemand mehr die Ausrede gebrauchen, er dürfe sich nicht organisieren. Die Ursache ist in der Regel

nicht

die Furcht vor dem Arbeitgeber und vor wirtschaftlichen Nachteilen, sondern die Scheu vor dem Beitragzahlen. Wer also eine faule Ausrede

zu

seiner Rechtfertigung gebraucht, um sich von einer Pflicht zu drücken, der handelt unschön. Diesen Fehler gutzumachen, d. h. sich zur Solbilität bekennen, dazu

ist es nie zu

spät.

großen Teil der Arbeiterschaft noch immer nicht völlig begriffen, daß die jetzige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Kollektivvertrag einen sehr großen Sieg für die Arbeiterbewegung bedeutet, wie ihn wohl vor zehn Jahren selbst von den größten Optimisten der Arbeiterbewegung in solch kurzer Zeit und so allgemein, wie er im deutschen Wirtschaftsleben seit 1918 zur Einführung gelangte, nicht erwartet wurde. Nur wer die großen Kämpfe kennt, die um den Kollektivvertrag seit den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts geführt worden sind, wer weiß, welche Opfer an Zeit, Geld, Gesundheit, Familienglück usw. gebracht wurden, und zwar von Leuten, die heute von den eigenen Klassengenossen als Verräter beschimpft werden, der ist auch in der Lage, die volle Bedeutung des Gesamtarbeitsvertrages zu würdigen. Bei Ausbruch des Krieges waren für die große Masse der Arbeitnehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Unternehmerrückstände geregelt, obwohl die freie Gewerkschaftsbewegung bereits über 2 1/2 Millionen Mitglieder zählte und bis dahin über 130 Mill. Mark (natürlich Goldmark) zur Er kämpfung von Kollektivverträgen aufgebracht hatten. Nur wenige Tarifverträge bestanden für eine gesamte Industrie, und diese sind, gemessen an dem heutigen materiellen Inhalt der Verträge, als sehr spärliche Erfolge zu bezeichnen. Die zahlreichen Bezirks- oder Betriebsvereinbarungen, die in anderen Industrien bestanden, erfahnten nur einen geringeren Bruchteil der Arbeitnehmer. Zumeist mußten Kämpfe um minimale Forderungen geführt werden, die große Opfer von den Führern und den Mitgliedern fordernten. 1918 traf durch die genannte Vereinbarung zwischen den Spitzenorganisationen und durch die Verordnung der damaligen Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 eine Änderung ein. Die Gewerkschaften waren nach der politischen Umwälzung und der nun unbehinderten Machterfassung in der Lage, sich über das ganze Reich erstreckende Verträge abzuschließen, die fast alle Erfolge aufwiesen, für die sie in der Vorkriegszeit jahrzehntelang gekämpft hatten. Darüber hinaus wurden Forderungen in den Verträgen aufgenommen, deren Erfüllung man sich früher vielleicht in 20 bis 30 Jahren erhofft hatte. Der unglückliche Ausgang des Krieges, die eingetretene völlige Verarmung des deutschen Volkes, die zusammengebrochene Wirtschaft und vor allem die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den übrigen Ländern führten dazu, daß manches Ziel zurückgestellt werden mußte, bis bessere Zeiten die Durchführung ermöglichten. Die politische, wirtschaftliche und geistige Umwälzung, die noch immer nicht zum Abschluß gekommen ist, hat neue Gedanken aufkommen lassen, und neue Forderungen im Tarifwesen wurden aufgestellt und durchgeführt. Die Zeit seit etwa November 1923 hat aus den heimlichen Widersachern der Kollektivverträge im Unternehmerlager offene Gegner werden lassen. Sie hielten den

Augenblick für gekommen, die Tarifverträge zu beseitigen und damit gleichzeitig die Gewerkschaften bei der Mitgliedschaft zu diskreditieren. In ihrem Vorgehen bestärkt wurden sie durch die Elemente aus der Arbeiterschaft, die den Mund nicht voll genug nehmen konnten und fortgesetzt Verrat, Feigheit, Lumpen usw. schrien. Daß sie hiermit den Unternehmern Unterstützung bei ihren Abbaubestrebungen geleistet haben, scheinen viele dieser Scheinradikalen nicht zu wissen. Der heutige Indifferentismus, die Laueheit und Gleichgültigkeit in den Betrieben ist zum großen Teil auf ihr Konto zu setzen, da ein Teil der großen Masse nur allzu gerne gedankenlos das nachplappert, was ihm von Demagogen und Schwärmern vorgefagt wird.

Der kollektive Arbeitsvertrag ist in Gefahr. Vorerst ist es im Unternehmerlager wieder etwas ruhiger geworden. Es hat sich herausgestellt, daß die Gewerkschaften doch nicht so widerstandslos geworden sind, wie es vor einigen Monaten schien. Die Unternehmer haben ihre Angriffe auf den kollektiven Arbeitsvertrag abgebrochen, um sie in ausichtsreicherer Zeit zu erneuern. Daß solche Zeiten nicht mehr wiederkommen, liegt zum großen Teil an der Arbeiterschaft selbst.

Der kollektive Arbeitsvertrag ist gegen die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Einzelvertrag oder Werkvertrag ein bedeutender Fortschritt, obgleich ihm noch Mängel anhaften, und manche davon werden überhaupt nie auszumergen sein. Darum muß der kollektive Arbeitsvertrag von dem denkenden Teil der Arbeiterschaft gegen alle Angriffe geschützt und verteidigt werden. Der beste Schutz liegt in der Stärkung der Gewerkschaften. Aber auch sie können nur Träger des kollektiven Arbeitsvertrages sein und bleiben, wenn die Arbeiterschaft fortgesetzt für den Ausbau der Organisationen wirkt.

Heinrich Treichel (Abernach).

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Eine Arbeitszeittatistik des IIGB.

Der Bundesvorstand des IIGB hat mit Hilfe der Ortsanschlüsse eine Erhebung vorgenommen über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit einschließlich der geleisteten Überstunden. Die in die Woche vom 12. bis 17. Mai fallenden Erhebungen erstrecken sich auf die chemische Industrie, das Bau-, Buchdruck- und Holzgewerbe, die Metall-, Schuh- und Textilindustrie. Erfasst wurden in diesen sieben Industriezweigen 46 122 Betriebe mit 2 453 523 Beschäftigten. In 33,5 Prozent der erfassten Betriebe wird länger als 48 Stunden in der Woche gearbeitet. In diesen Betrieben sind 54,7 Prozent der von der Statistik erfassten Personen beschäftigt, d. h. also über die Hälfte der Beschäftigten arbeitet länger als 48 Stunden.

Daß die Mittelschicht nicht allgemein wieder beseitigt wurde, ist ein Verdienst der Gewerkschaften, die sich trotz ihrer miserablen Finanzverhältnisse kräftig gewehrt haben gegen den völligen Abbau.

Wie es bezüglich der Arbeitsdauer in den einzelnen von der Statistik erfassten Industriezweigen aussieht, zeigt folgende Aufstellung:

Von je 100 der erfassten Betriebe und Beschäftigten arbeiteten in der Woche vom 12. bis 17. Mai:

	über 48 Stunden		davon über 54 Stunden	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Baugewerbe	10,7	11,0	2,6	2,9
Buchdruckgewerbe	46,3	49,4	1,2	1,7
Chemische Industrie	50,7	44,0	10,5	7,8
Holzgewerbe	11,9	21,4	2,7	4,6
Metallindustrie	52,1	63,5	10,8	21,1
Schuhindustrie	20,7	14,5	0,4	0,3
Textilindustrie	78,2	82,4	2,5	4,2
Insgesamt	33,5	54,7	5,1	13,0

Über 54 Stunden arbeiteten 5,1 Prozent der erfassten Betriebe und 13 Prozent der beschäftigten Arbeiter.

Die chemische Industrie steht mit 50,7 Prozent der Betriebe weit über dem Reichsdurchschnitt (33,5) bei Überschreitung der 48-Stundenwoche, bleibt aber bei der Arbeiterzahl mit 44,0 Prozent hinter dem Gesamtdurchschnitt (54,7). Ähnlich ist das Verhältnis bei einer Arbeitszeit von über 54 Stunden.

Insgesamt sind durch die Erhebung in der chemischen Industrie erfasst 1391 Betriebe mit 196 080 Personen.

Von den erfassten Betrieben und Beschäftigten arbeiteten in der Erhebungswoche:

	unter 48 Stunden	48 Stunden	über 48 bis 51 Stunden	über 51 bis 54 Stunden	über 54 Stunden
Betriebe	53	632	56	594	146
Beschäftigte	3377	106 466	5457	65 115	15 335

Von je 100 erfassten Betrieben und Beschäftigten arbeiteten in der Erhebungswoche:

	unter 48 Stunden	48 Stunden	über 48 bis 51 Stunden	über 51 bis 54 Stunden	über 54 Stunden
Betriebe	3,31	45,43	4,03	36,28	10,50
Beschäftigte	1,72	54,30	2,80	33,36	7,82

Die Majorität der in der chemischen Industrie von der Statistik Erfassten arbeitet noch 48 und unter 48 Stunden, nämlich 109 843 Personen oder 56,02 Prozent. Gering ist der Anteil der Beschäftigten bei dem Arbeitszeitraum von 48 bis 51 Stunden, er beträgt nur 2,80 Prozent. Dafür steigt die Zahl der über 51 Stunden Beschäftigten auf 41,18 Prozent.

Wir hoffen, daß wir bei einer demnächst erweiterten Vorname einer gleichen Statistik gerade in der chemischen Industrie eine Korrektur vornehmen können zugunsten der 48-Stundenwoche und darunter. G. P.

Um das Öl

Im politischen und wirtschaftlichen Kampf um das Öl, der die Weltpolitik seit dem Kriege zum guten Teil beherrscht, treten wichtige Veränderungen ein. Die beiden Weltkräfte, der amerikanische Standard-Oil- und der vorwiegend unter englischem Einfluß stehende Shell-Trust, die in kürzlichen Gegenlag zueinander standen, haben vor kurzem eine Vereinbarung getroffen. Man weiß nicht genau, welchen Umfang diese hat. Dem in der Regel sehr gut unterrichteten französischen Wirtschaftspolitiker Delaunay zufolge erstreckt sie sich auf ein sehr weites Feld, während sie nach dem "Manchester Guardian" nur die russischen Ölfelder betreffen soll. Die beiden großen Trusts hätten demzufolge die Absicht, die Ausbeutung der russischen Ölfelder gemeinsam zu übernehmen, bei Entschädigung der übrigen Ölkapitalisten, die früher in Rußland Ölgebirgen besaßen. Wie sich Rußland dazu stellt, ist unbekannt, jedenfalls könnte es die erwünschte innere Anleihe für Wiederaufbauzwecke im Betrag von 25 Millionen Dollar am leichtesten von den beiden Weltkräften erhalten. Das englische Ölkapital hat in den letzten Jahren dem amerikanischen Einfluß nach Ägypten gewähren müssen, und zwar war dies der Preis für eine politische Verständigung zwischen den beiden Staaten. In der Türkischen Petroleumgesellschaft, die die Trägerin der mesopotamischen Ölkonzessionen ist, sind gegenwärtig die vier Staaten: England, Amerika, Frankreich und die Türkei in gleicher Höhe beteiligt. Frankreich vermochte bereits früher als Amerika, nämlich schon auf der Konferenz von San Remo 1920, seinen Anteil von England zu erlangen. Auch die riesigen Petroleumfelder um Mossul gehören dieser Gesellschaft. Aber die territoriale Zugehörigkeit Mossuls herrscht aber heute noch Uneinigkeit. Die Verhandlungen zwischen England und der Türkei über diesen Gegenstand haben sich zerlegt. Die Türkei beansprucht die Gebietshoheit über Mossul für sich, während England sie dem von ihm geschaffenen und unter seinem Mandat stehenden mesopotamischen Staat Irak zuschreiben möchte. Seit Bestimmung der zweiten Konferenz zu Lausanne muß die Frage der Zugehörigkeit des Mossulgebietes für den Fall einer Ergebnislosigkeit der Verhandlungen zwischen England und der Türkei vor dem Völkerbund gebracht werden. Da aber der Lausanner Vertrag noch nicht ratifiziert ist, wird sich die Türkei unter diesem Vorwand dem Spruch des Völkerbundes, dem sie seit dem Schiedsspruch über Oberschlesien kein Vertrauen mehr entgegenbringt, entziehen.

Zur amerikanischen Diskussion ist zu sagen, daß vor einigen Monaten unerhörte Bestrebungen von hohen Staatsbeamten seitens der Staatsräte ausgedrückt worden sind. Es wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die die Korruption in helles Licht stellen sollte. Sämtliche Vorwürfe wurden bewiesen, ja durch die ermittelten Tatsachen sogar noch überboten. Man erwartete Befreiung der Schuldigen und Reinigung des Beamtenkörpers. Das Gegenteil ist erfolgt. Jetzt beschuldigen die leitenden Politiker die Ankläger, daß sie dem Ruf des Landes gekniet hätten, und erklären, ein Land könne sich nur beglückenwünschen, wenn nicht mehr als 30 Prozent seiner Beamten der Bestechung überführt werden könnten! Hundert Millionen Dollar haben die Ölkapitalisten für die Vertiefung ihrer schmutzigen Angelegenheiten wieder ausgegeben?

Das Agitationsfliegblatt

Für die chemische Industrie kann nunmehr vom Hauptvorstand bezogen werden. Alle Zahlstellenanzeigen, in deren Bereich chemische Industrie liegt, werden ersucht, unverzüglich ihre Bestellungen anzugeben und die Agitation mit Lust und Liebe zur Sache einzuleiten und mit Ausdauer durchzuführen. Nicht-nachlässen zwingt alles.

Papier-Industrie

Produktionslabofage?

In Nr. 17 des "Proletariats" von diesem Jahre veröffentlichten wir nachstehendes Rundschreiben einer Papierhandels-Gesellschaft, das wir mit Rücksicht auf die weiteren Ausführungen erneut in Erinnerung bringen:

Das Rundschreiben enthält erhalten wir heute die Nachricht, daß im Gegensatz zu dem Beschäftigungsgrad der vergangenen Monate die Nachfrage in den letzten Wochen im überwachenden Maße eingezogen hat. Sämtliche Fabriken haben heute bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gearbeitet. Mit dem gleichen Beschäftigungsgrade herrscht auch in der nächsten Zeit zu rechnen sein. Der Verband richtet die Bitte an euch, die Nachfrage bis zum 23. d. Monats für den nächsten Monat anzugeben. Es ist dies erforderlich, um die Monatsbestellung ausarbeiten zu können und um gleichzeitig danach die Dispositionen, was Arbeitszeitraum usw. anzubringen, treffen zu können.

Wir bitten Sie daher hiermit höflich, Ihre Dispositionen rechtzeitig zu treffen, damit Schnelligkeit in der Lieferung nicht entgegensteht.

Dieses Schreiben wurde im April dieses Jahres an die Zeitungsdrukker-Verbandsverwaltung geschickt. Auf Grund einer Verhandlung mit der Papierfabrikanten in der Lohnfrage im Monat Mai haben wir, nachdem von Fabrikannteilseite der schlechte Beschäftigungsgrad und der ungenügende Preisstand als Grund ihres abzulehnenden Verhaltens gegenüber dem zweifelslos berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter hervorgehoben wurde, auch auf dieses Rundschreiben Bezug genommen. Demnach wurde uns erklärt, daß die in diesem Rundschreiben hervorgehobene gute Beschäftigung der Zeitungsdrukker-Fabriken nur eine vorübergehende Erscheinung sei, hervorgerufen durch den stärkeren Druckpapierverbrauch aus Anlaß der am 4. Mai festgesetzten Reichstagswahlen und der am gleichen Tage für den Freistaat Preußen erfolgten Kommunalwahlen. Hoch und teuer wurde uns versichert, daß bekannt der Auftrag-Bestand der Druckpapierfabriken nach Ablauf dieser Wahlen wieder ganz gewaltig zurückgehen würde und daß demnach auch in den

Druckpapierfabriken erneut ein Auftragsmangel zu verzeichnen sei, um so mehr, als die Weltmarktpreise für Zeitungsdrukkerpapier unter den Gestehungskosten ständen und infolgedessen an eine nennenswerte Zeitungsdrukkerpapier-Ausfuhr nicht zu denken sei. Da aber das Inland nicht in der Lage sei, die volle Produktion der Zeitungsdrukkerpapier-Industrie aufzunehmen, so wäre die logische Folge Auftragsmangel der Druckpapierfabriken und daraus hervorgehend all die wirtschaftlichen Folgen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die wir ja auch in den übrigen Industriezweigen seit Monaten beobachten könnten.

Diese Prophezeiung ist mindestens für die Druckpapierfabriken nicht eingetroffen, es sei denn, daß die Druckpapierfabrikanten Produktionslabofage betreiben, zum Zwecke neuer Preiserhöhungen oder um einen Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben, damit diese sich schneller bereit erklärt, an Stelle

Du

hättest im Verbands bleiben sollen. So sprach die Frau zu ihrem Manne. Seit Wochen

hast

du jetzt keine Arbeit, und wir hungern mit den Kindern. Wärst du noch organisiert, so bekämpfst du jetzt Erwerbslosenunterstützung vom Verbands. Ich habe nur noch

einen

Groschen und keine Lebensmittel mehr im Hause. Du siehst also, welchen

Fehler

du mit deinem Austritt aus dem Verbands gemacht hast. — Wann ging die Frau hin und meldete ihren Mann wieder als Mitglied im Verbands an. Ein schwerer Fehler war wieder gut-

gemacht.

der achttündigen Arbeitszeit die von den Unternehmern geforderte Zweischichtnarbeitszeit zu je 12 Stunden zu leisten oder auch aus andern Gründen. Zu dieser Vermutung kann die Arbeiterschaft kommen, zumal die Arbeitgeber auf der einen Seite über Auftragsmangel klagen, auf der anderen Seite trotz alledem ihre Inlandlieferungs-Pflichten nicht erfüllen und dabei sich teilweise nicht scheuen, Arbeitskräfte in größerem Umfange zu entlassen.

Auf Grund des eingangs erwähnten Rundschreibens der Papiergroßhandels-Firma hat auch unser Verband bei der Bestellung seines Zeitungsdrukkerpapiers für den "Proletarier" Vorsorge getroffen, d. h. die Bestellungen an die uns beliefernde Papiergroßhandlung frühzeitig genug aufzugeben, um das Erscheinen unserer Verbandszeitung reibungslos zu ermöglichen. Am 23. Mai wurde an unsere Papiergroßhandels-Firma die Bestellung des Druckpapier-Bedarfs für den Monat Juni aufgegeben. Bestellt wurden vier Wagen, von dem je einer am 7., 14., 21. und 28. Juni geliefert werden sollte. Bis zum 24. Juni waren ganze zwei Wagen geliefert. Auf telefonische Anfrage über die Gründe des Lieferungsverzuges, erklärte uns unsere Papiergroßhandels-Firma, daß auch heute noch die Druckpapierfabriken mit Aufträgen überhäuft und bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit besetzt seien. Es wurden also die gleichen Gründe geltend gemacht, die das Druckpapieryndikat vor den Reichstagswahlen als Grund zu einer mangelhaften Auftragsbefreiung hervorhob.

Beachtet man weiter, daß der Druckpapierpreis vom 5. Juni dieses Jahres an für 100 Kilogramm abermals um 2 Goldmark erhöht wurde, daß nach dieser Preiserhöhung der Druckpapierpreis für 100 Kilogramm Rollenpapier 31,50 Goldmark beträgt, während noch Anfang 1914 für 100 Kilogramm ein Preis von 20,75 Mk. üblich war und somit der jetzt geltende Druckpapierpreis rund 50 Prozent über dem Friedenspreis steht, daß weiterhin infolge des niedrigen Weltmarktpreises, der nach Angabe der Papierfabrikanten unter den Erzeugungskosten stehen soll, an eine Druckpapierausfuhr in größerem Maße nicht zu denken sei, so müßte man annehmen, daß das deutsche Dr. Papieryndikat seine Inlandlieferungsverpflichtungen nicht nur mit Leichtigkeit erfüllen könnte, sondern daß sogar noch ein erheblicher Überschuß an Zeitungsdrukkerpapier vorhanden sein müßte. Das Verhalten der Druckpapierfabriken beweist aber gerade das Gegenteil. Daraus ist zu schließen, daß entweder die Behauptungen über die niedrigen Weltmarktpreise und die mangelhafte Ausfuhrmöglichkeit nicht den Tatsachen entspricht, oder daß aus anderen Gründen die Produktion gewaltig gedrosselt wird.

Auch in anderer Beziehung sind die Angaben der Unternehmer recht vorsichtig zu bewerten. Dafür ein Beispiel aus der letzten Zeit. Anlässlich der Prüfung der Gestehungskosten zweier Firmen, die dieselben Erzeugnisse herstellen, ergab sich folgendes:

Die Firma Nr. 1 bezieht nicht nur ihren gesamten Papierholbedarf aus eigenem Walde, sondern deckt auch aus ihren eigenen Kohlenbergen ihren gesamten Heizungsbedarf. Dieselbe Firma ist voll beschäftigt und liefert angeblich sogar noch zu etwas niedrigeren Preisen als ihre Konkurrenz, eine Ersparnis, die sehr wohl möglich sein müßte unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sie für Holz und Kohlen keine Transportkosten zu zahlen hat und mindestens den Händlergewinn nicht zu entrichten braucht. Trotzdem konnte diese Firma Betriebsverluste in einer Höhe nachweisen, die die Verwunderung der unbeteiligten Prüfer hervorrief.

Die Firma Nr. 2 unglücklicher gelegen als ihre Konkurrenz unter Nr. 1, ist gezwungen, nicht nur ihren gesamten Papierholz-, sondern auch ihren ganzen Kohlenbedarf auf dem Markte zu decken, was infolgedessen nicht nur höhere Preise, sondern auch erheblich höhere Transportkosten zahlen

Trotzdem die Firma wöchentlich nur 3-4 Tage arbeitet, also ihren Betrieb infolge angeblichen Auftragsmangels nicht voll auszunutzen in der Lage ist, war ein verhältnismäßig kleiner Betriebsverlust zu verzeichnen, der bei voller Ausnutzung des Betriebes voraussichtlich nicht nur verschwinden, sondern auch noch einem mäßigen Betriebsgewinn weichen würde, zumal festgestellt werden konnte, daß der Verlust dieser Firma erheblich größer war, als sie vor einigen Monaten nur zwei Tage in der Woche beschäftigt war. Der Verlustrückgang infolge der mehrtägigen und höheren Produktion läßt unsere Schlussfolgerung als sehr berechtigt erscheinen.

Diese beiden Beispiele zeigen erneut, daß die Angaben der Unternehmer recht vorsichtig bewertet werden müssen. Wenn dann bei der Arbeiterschaft der Verdacht erweckt wird, daß die schlechte Geschäftslage verschiedener Firmen die Folge einer geschickten Rechnungskunst ist, und wenn dann von diesem Verdacht auch Firmen getroffen werden, deren wirtschaftliche Lage wirklich nicht beneidenswert ist, so tragen die Schuld daran jene Papierfabrikanten, deren Wahrheitsliebe nur Analphabeten verständlich erscheint. G. Schüler.

Für meine Arbeiter ist geforgt bis in das hohe Alter!

Die Papiermacher sind Wandervogel! Diesen Ausdruck konnte man vor dem Kriege nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von Leuten zu hören bekommen, die der edlen Kunst der Papiermacherei fernstanden. In den alten Zeiten der Handpapiermacherei mußte nach Junstbrauch der Papiermachersgelle wandern. Friedrich von Hühle weiß in seiner "Papierschichte" zu berichten, daß zum Beispiel der Papierer Gollwitzer von Schirmitz vom 10. November 1837 bis 12. Oktober 1842 über Lindau durch Würtemberg und Baden nach Mainz und Koblenz, durch Hessen, Braunschweig und Hannover nach Hamburg, über Magdeburg nach Leipzig und Dresden, durch Schlesien über Berlin nach Pommern, über Danzig nach Ostpreußen, durch Böhmen nach Linz und Wien und von da aus über Passau wieder zurück in die Heimat wanderte. Seine längste Arbeitszeit bei einem Meister betrug in diesen fünf Wanderschaften ganze 9 Monate. Der Papierer Weitenauer von Niederfonthofen hat von 1844 an in 20 Jahren 90 Orte Deutschlands und Österreichs mit seiner wertvollen Arbeitskraft beehrt. Von 30 Jahren seines Wanderlebens hat er 24 Jahre mit Arbeit und 6 Jahre auf der Landstraße als echter deutscher Handwerksbursche zugebracht. Die Wanderlust war unter den Handpapiermachern gang und gäbe. Sie wurde außerdem durch obrigkeitliche Verordnungen verlangt und gefördert.

In der Zeit der Maschinenpapierfabrikation war die Wanderlust der Facharbeiter nicht geringer. Hunderte von Facharbeitern wechselten jährlich ihre Stellung und zogen von einem Bundesstaat oder von einer Provinz zur anderen, wenn sie nicht schon früher von ihrem noch immer künstlerisch angehauchten Arbeitgeber auf das Straßenpflaster geworfen wurden, weil sie es wagten, für ihre eigene wirtschaftliche Lage und die ihrer Arbeitsgenossen einzutreten. Der fachlichen Ausbildung war dieser meist unfreiwillige Wandertrieb sehr förderlich, für die Gewerkschaftsorganisation waren diese "Wandervogel" häufig die Pioniere, die den Gedanken der Solidarität und des Zusammengehörigkeitsgefühls unter die indifferenten Papierarbeiter trugen.

Immerhin hatte dieser Wandertrieb einen sehr beachtlichen Untergrund. Die übermenschlich lange Arbeitszeit in der Papierindustrie, die die Arbeitgeber als sozialen Rückschritt auch heute wieder verlangen und zu deren Wiedereinführung das in Papiermacherskreisen bekannte "Scharfrichterkollegium" nach Zigeunerart in der deutschen Republik herumtreibt, sowie die jeder Beschreibung hohnsprechende Entlohnung, die oftmals mehr als brutale Behandlungsweise durch Vorgesetzte und Unternehmer, denen das zoologische Lexikon gefälliger war als das Handbuch für die Papiermacherei, die niedrige Gesinnung mancher Arbeitskollegen, die sich die Judasfüßlinge zu erwerben suchten durch Verrat und Denunziation ihrer eigenen Arbeitskollegen, und der Mangel an menschenwürdiger Behandlung überhaupt waren in den allermeisten Fällen die Ursachen des Wandertriebs.

Daß in einer Atmosphäre des Glends, der Gesinnungs-schnäfferei und Gesinnungslumperei die Intelligenz schmerzlich blüht, ist selbstverständlich. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, mußten die Papierkönige den Wandertrieb durch Gehörung von Reiservorschüssen nach fördern, wollten sie überhaupt brauchbare und tüchtige Arbeitskräfte haben. Der mit seiner Familie immer wieder wandernde Papiermacher aber erhoffte sich um einige Pfennige Stundenlohn zu verbessern oder die Rangleiter schneller emporzuklettern, um dadurch einen besseren Verdienst zu erreichen.

Diesen oftmals recht unfreiwilligen Wandertrieb, besonders der tüchtigen Fachgenossen, suchten die Unternehmer durch Gewährung von Werkswohnungen, Pensionskassen, Veranstaltung von Fabriksfestlichkeiten, Gründung von deutschen und österreichischen Kriegervereinen, Begünstigung von Jagenschlagereinen, Förderung von Fabrik-gefangenvereinen, die neben dem patriotischen Hochsinn nur noch den Refrain brüllen konnten: "Wir han koa Bier mehr!", durch Gewährung von Brotmarken, Verabreichung von Weizen und anderen religiösen Schriften usw. entgegenzuwirken. Daneben ließen sich besonders fromme Fabrikanten herab, statt auskömmlichen Löhnen mit ihren Arbeitern religiöse Gesangs- und Bestanden abzuhalten. Im sächsischen Erzgebirge gab es sogar Unternehmer, die mit ihrer Arbeiterschaft ihre besondere Religions-sekte bildeten. Selbstverständlich geschah dieses nicht, um die Arbeiterschaft in Unwissenheit und Knechtsesgesinnung zu halten, sondern nur aus reinem sozialen und humanitären Gefühl der Unternehmer. Daß dabei die Arbeiter immer spindeldürrer, der Geldsack des Unternehmers immer dicker wurde, war der reine Zufall und bestimmte eine Fügung Gottes.

Alle diese Hilfsmittelchen waren untaugliche Mittel am unangenehmen Objekt. Sie schlugen fehl und vermochten den Wandertrieb bei der denkenden Papierarbeiterschaft, der, wie bereits erwähnt, eine wirtschaftliche Zwangsercheinung geworden war, nicht einzukämmen. Ausnahmen machten hier-

von nur jene Berufskollegen, denen der Wandertrieb zur Befriedigung ihrer persönlichen ehrgeizigen Wünsche dienste und die darin in einer Bude hängen blieben, wenn sie es glücklich bis zum Maschinenführer oder gar zum Nachlassgeber, Saalmeister oder Werkführer gebracht hatten. Diese Helden bliesen dann in das gleiche Horn ihres Unternehmers, der seinen Arbeitern bei jeder Gelegenheit versichert: „Für meine Arbeiter ist gesorgt bis in das hohe Alter!“

Durch den Zustrom der Papierarbeiterschaft nach dem Weltkrieg zu ihrer Gewerkschaftsorganisation, dem Fabrikarbeiterverbande, durch die von diesem gestifteten Bezirkslohnstarife, durch die von diesem geregelten Arbeitsverhältnisse und die dadurch bewirkten besseren Lebensbedingungen der Papierarbeiter sowie durch die allgemeine Wohnungsnot hat der Wandertrieb der Papierarbeiterschaft eine ganz natürliche Eindämmung erfahren. Was die Unternehmer mit all ihren Lockmitteln jahrzehntelang vor dem Kriege nicht fertig brachten, die Selbstmachung auch der tüchtigen Facharbeiterschaft, hat der Fabrikarbeiterverband mit seiner Lohn- und Arbeitsvertragspolitik in kürzester Zeit ohne wirtschaftliche Schädigung der Papierarbeiterschaft erreicht.

Die Sehnsucht nach der guten alten Zeit, wo der Papierarbeiter „niß so seggen“ hatte, wo der Unternehmergrundsatz: „Wer sich nicht fügt, der fliegt!“ in vollster Blüte stand und rücksichtslos zur Durchführung gebracht wurde, wo den Unternehmer keine Gewerkschaftsorganisation und keine Behörde daran hinderte, den aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschiedenen Arbeiter mit seiner Familie rücksichtslos aus der Werkwohnung obdachlos auf das Straßenpflaster zu setzen, wo der Herr Fabrikdirektor mit Hilfe einer famosen Arbeitsordnung noch bestimmen konnte, ob auch die Frau des Arbeiters und seine Kinder in der Fabrik fronden müssen, wo die Herrschaften ins Bad fuhren, derweil die Proleten 365 Tage im Jahre schuften mußten, wo die Werkwohnungen noch zur Auspionierung der Gesinnung der Arbeiter dienten, wo die Arbeiter noch wie moderne Leibeigene von jedem Unternehmern behandelt werden konnten, diese Sehnsucht ist bei vielen Unternehmern wieder erwacht. Das Erwachen wurde gefördert durch die zum Teil eingetretene wirtschaftliche und gewerkschaftliche Gleichgültigkeit mancher Arbeiter, die wiederum ihre Ursache hat in der Zerstückelung radikal und revolutionär sich gebärdender Knechtseelen, die als freiwillige Henkersknechte an der Arbeiterschaft dem Scharfmachertum Bütteldienste leisten dadurch, daß sie mit ihrer revolutionären Dreckschleuder die Arbeit und die Erfolge der Gewerkschaften systematisch in den Kot ziehen und die Arbeiterschaft einzureden versuchen, daß auch ohne die Gewerkschaften die Unternehmer gezwungen wären, der Arbeiterschaft die bisherigen Errungenschaften zuzubilligen.

Diesen an Gehirnvorkalkung erkrankten Phantasten sowie den wieder gleichgültig und interesselos dahinvegetierenden Arbeitskollegen kann deshalb das frühere Arbeiterleben der Papierproleten nicht oft genug in das Gedächtnis zurückgerufen werden. Es kann ihnen auch nichts schaden, wenn sie daran erinnert werden, was der Papierarbeiterschaft wieder bevorsteht, wenn Zerstückelungswut und blinder Haß die Unternehmer zum Siege führen würde. Einen kleinen Vorgeschmack gibt das folgende Stellengesuch eines Betriebsleiters in Nr. 23 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“:

Wegen Abbaus zum 1. Juli frei, suche ich Stellung als Oberwerkführer oder Betriebsleiter in kleinerer Fabrik. Kaufmännisch vorgebildet. Firm in der Erzeugung von sat. und einig. Zellulose-, Kunst- und Schreibpapieren, 20 Jahre in jetziger Stellung. Zuschriften unter N. 13 955 an die Gesch.

Wenn die Unternehmer schon ihre treuesten Seelen nach 20jähriger Tätigkeit rücksichtslos auf das Straßpflaster werfen oder abbauen, wie der moderne Ausdruck dafür heute lautet, wenn das Diplom des Vereins deutscher Papierfabrikanten für „Trene in der Arbeit“ diese Leute schon nicht mehr davor schützt, Leierkastenmann zu werden, dann brauchen die gewöhnlichen Papierproleten wirklich nicht mehr zu fragen, was ihnen dann blüht. Diesem Lose zu entgehen, haben die Papierarbeiter in der Hand, indem sie wieder frei und fest zu ihrer Berufsorganisation, dem Fabrikarbeiterverbande, stehen, gerüstet zum Kampfe für ihre eigene Existenz und für die Erhaltung und Erweiterung der bereits errungenen Nachposition der Arbeiterklasse. G. Stähler.

Das Agitationsflugblatt

für die Papier-Industrie ist fertiggestellt und versandbereit. Es ist zu verwenden in allen Zweigen der für uns zuständigen Gebiete der Papierherstellung und -verarbeitung. Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, unverzüglich an die Arbeit zu gehen. Der Hauptvorstand sieht den Bestellungen zwecks rühriger Agitation entgegen. An die Arbeit! Die Fesseln auf die Schanzen! Es gilt, Indifferentismus und Unwissen-niederzuringen im Interesse der Papierarbeiterschaft.

Industrie der Steine und Erden

Unruhige Arbeiterschaft.

Unter dieser Überschrift bringt die „Tonindustrie-Zeitung“ Nr. 49 einen Bericht über die gegenwärtige Wirtschaftslage aus Lippe. Es wird berichtet, daß die private sowie die öffentliche Bautätigkeit fast vollständig ruht und aus diesem Grunde kein zufriedenstellender Absatz an Ziegelfabrikaten vorhanden ist. Die Lagerbestände sind nicht groß.

Der Bericht befaßt sich auch mit den Wünschen und Forderungen der Ziegelerbeiter im Lipper Ländchen. Die Unternehmer können es gar nicht verstehen, daß die Gewerkschaften mit neuen Forderungen in diesem Jahre an die Arbeitgeber herangetreten sind. Daß die Arbeiterschaft zur Zeit so unzufrieden ist, liegt nach Auffassung der Unternehmer einzig und allein daran, daß sie sich viel zu sehr ins Schlepptau der Gewerkschaftssekretäre nehmen läßt und daß diese bezahlten Helfer natürlich nur von der Unzufriedenheit ihrer Mitglieder leben. Nach Meinung der Arbeitgeber ist der Lohn von 38 Pf. — der gegenwärtig gezahlt wird — vollständig ausreichend, und man kann es nicht begreifen, wie die Arbeiter dazu kommen, einen Stundenlohn von 60 Pf. vom 1. Juni an

zu fordern. Daß die Forderung eines höheren Lohnes für die Unternehmer etwas Unbegreifliches ist, wissen wir längst. Die Arbeitgeber können in ihrer Mehrzahl eben nicht begreifen, daß der Arbeiter in der Ziegel-Industrie genau so wie die Unternehmer eine Familie zu ernähren hat und daß er nicht nur mit dem Heute, sondern auch mit dem Morgen und dem Übermorgen rechnen muß. Gerade in der lippschen Ziegel-Industrie waren doch die Verhältnisse so, daß der größte Teil der in Frage kommenden Arbeiter vom Oktober vergangenen Jahres bis Mitte April dieses Jahres ohne Arbeit war, und wenn aus diesem Grunde der Arbeiter einige Pfennige mehr Lohn verlangt, dann heißt das nach Auffassung der Unternehmer Unzufriedenheit und Beunruhigung der Arbeiterschaft, die künstlich geschürt wird durch die Gewerkschaften.

Die lippschen Arbeitgeber sind auch entschlossen, sich keineswegs durch einen Streik zur Nachgiebigkeit bewegen zu lassen, denn der Berichterstatter schreibt: Werke, die durch die Arbeiterschaft durch Streik stillgelegt werden, die müssen auf alle Fälle still liegen bleiben. Sie dürfen vorläufig nicht wieder in Betrieb gesetzt werden. Der Arbeiterschaft muß gezeigt werden, daß sie durch einen Streik nichts erreicht. Das kann man sich zur Zeit erlauben, denn auf jede freigewordene Arbeitsstelle melden sich sage und schreibe 420 Leute. Trotz dieses übermäßigen großen Angebots an Arbeitskräften wagen es die Gewerkschaften, einen höheren Lohn zu fordern. Die Arbeitgeber sind in Lippe entschlossen, ihre Forderung durchzusetzen, denn sie wollen mit aller Entschlossenheit die jetzigen Preise und Löhne halten.“

Nichts gelernt und viel vergessen.

ist für die Arbeiterschaft gefährlicher als die Mißachtung der Organisationsdisziplin. Wer nicht

hat, seine Person und seine Interessen dem Wohle der Gesamtheit der organisierten Klassengenossen unterzuordnen, wer glaubt, durch starke Worte

Ruppigkeit den Mangel an Einsicht ersetzen zu können, der wird früher oder später einsehen lernen, daß er

zum Schaden der Arbeiterschaft gewirkt und — wenn auch ungewollt — die Interessen der Unternehmer gefördert hat. Mache jeder Arbeitskollege diese

Wahrheit nie

vergessen.

lassen, denn der Berichterstatter schreibt: Werke, die durch die Arbeiterschaft durch Streik stillgelegt werden, die müssen auf alle Fälle still liegen bleiben. Sie dürfen vorläufig nicht wieder in Betrieb gesetzt werden. Der Arbeiterschaft muß gezeigt werden, daß sie durch einen Streik nichts erreicht. Das kann man sich zur Zeit erlauben, denn auf jede freigewordene Arbeitsstelle melden sich sage und schreibe 420 Leute. Trotz dieses übermäßigen großen Angebots an Arbeitskräften wagen es die Gewerkschaften, einen höheren Lohn zu fordern. Die Arbeitgeber sind in Lippe entschlossen, ihre Forderung durchzusetzen, denn sie wollen mit aller Entschlossenheit die jetzigen Preise und Löhne halten.“

Im Herbst vergangenen Jahres und im Frühjahr dieses Jahres haben wir die Beobachtung machen müssen, daß die obengenannte Zeitschrift den Unternehmern scharf ins Gewissen redete, gegen die Gewerkschaften auf alle Fälle Front zu machen. Das gleiche scheint sich jetzt während der Wirtschaftskrise zu wiederholen. Wenn die Gewerkschaften im Auftrage ihrer Mitglieder Lohnforderungen einreichen, so sagen die Arbeitgeber, die Arbeiterschaft wird künstlich beunruhigt durch die Gewerkschaft. In dem obengenannten Artikel werden aber durch den Syndikus des Lipper-Raedebergger Arbeitgeber-Verbandes die Arbeitgeber so ins Schlepptau genommen, daß ein erprießliches Arbeiten in der Zukunft mit dem in Frage kommenden Arbeitgeberverband kaum möglich ist. Das, was von den Arbeitgebern in dem genannten Bericht gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisation gesagt wird, ist nach Auffassung der Arbeitgeber ihr gutes Recht und hat mit Aufhebung ihrer Berufskollegen nichts zu tun.

Unsere Kollegen in Lippe werden aber mehr und mehr durch die Angriffe der Arbeitgeber gegen ihre Organisation zu der Überzeugung kommen, daß durch unseren Verband ihre Interessen vertreten und gefördert werden. Wäre das nicht der Fall, so brauchten die Arbeitgeber uns als Organisation nicht zu fürchten und sich mit unserer Tätigkeit nicht zu beschäftigen.

Aus der Ziegel-Industrie des Bezirkes Hannover.

Als nach dem Kriege durch die Bemühungen der Gewerkschaften der Lärzgedanke endlich in allen Industriezweigen Eingang gefunden hatte, mußten sich auch die Arbeitgeber der Ziegel-Industrie dazu bequemen, mit der Arbeitnehmerorganisation Verträge abzuschließen. Es ist ihnen sicher nicht leicht geworden, ihren alten Herrenstandpunkt aufzugeben, sich mit Gewerkschaftsvertretern an den Verhandlungstisch zu setzen und sich manches sagen zu lassen, was ihren Ohren bisher fremd gewesen. In Wort und Schrift freilich sie Erinnerungen auf, wie schön es früher gewesen und wie lange sie damals arbeiten lassen konnten, ohne sich von irgendeiner Gewerkschaft Vorschriften machen lassen zu müssen. Komme es sich doch ein Herr Schönhoff, ehemaliger Geschäftsführer des Bundes nordwestdeutscher Ziegeler, nicht verhehlen, zu erklären: „In der Ziegel-Industrie muß wieder gearbeitet werden, solange die Sonne scheint.“

Das wäre allerdings ein idealer Zustand für die Ziegelerbeiter, wenn die Ziegelerbeiter von früh 4 Uhr bis abends 9 Uhr arbeiten müßten. Der Lohn könnte noch abgebaut werden und trotzdem würden die Arbeiter in 15stündiger Arbeitszeit noch mehr verdienen als jetzt in 10stündiger, und was die Hauptsache ist, die Ziegelerbeiter würden dabei auch auf ihre Rechnung kommen.

Zum Leidwesen der Ziegelerbeiter sind die Arbeitgeber mit dieser Methode nicht mehr einverstanden. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß bei ihrer schweren Arbeit 8 Stunden vollanz gehen. Wenn sie sich ausnahmsweise damit einverstanden erklärt haben, daß für dieses Jahr die 10stündige Arbeitszeit Geltung haben sollte, so ist das sicher ein außerordentliches Entgegenkommen und ein Beweis, daß die Arbeiterschaft bereit ist, am Wiederaufbau mitzumachen und der Wohnungsnot zu fernern.

Leider haben die Ziegelerbeiter bis jetzt nicht den Beweis geliefert, daß sie für dieses Entgegenkommen das genügende Verhältniß besitzen. Die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter werden fast regelmäßig mit nichtigen Gründen abgelehnt.

Anfang April wurde in langwierigen Verhandlungen ein Spitzenlohn von 42 Pfennig in der Ortslohnklasse Ia vereinbart, der bis Ende Mai Geltung haben sollte. Wie nicht anders zu erwarten war, beauftragten uns die Kollegen mit der Einreichung einer neuen Lohnforderung in Höhe von 54 Pfennig in der Spitze. Die Arbeitgeber lehnten jede Verhandlung hierüber ab. Der von uns angeregte Fachsichtungsanspruch folgte Stimmengleichheit zu keinem Spruch.

Um alle Möglichkeiten für eine Verständigung zu ergreifen, wurde von uns der staatliche Schlichter, Regierungsrat O. Kärner, angerufen. Sonderbarerweise lehnte dieser Herr ein Eingreifen mit der Begründung ab, es liege kein öffentliches Interesse vor. Erst nach nochmaliger Klarstellung unsererseits wurde ein Verhandlungstermin angesetzt. Wir haben darauf hingewiesen, daß die Ziegelerbeiter einen höheren Lohn haben müßten, weil sie 1. zum großen Teil doppelten Haushalt führen müßten und 2. Saisonarbeiter wären, die im Winter regelmäßig mehrere Monate arbeitslos wären. Der Schlichter erklärte darauf wörtlich: „Es sei wohl richtig, daß die Ziegelerarbeiter im Winter mehrere Monate arbeitslos wären, aber das hätte nichts zu bedeuten, sie hätten dadurch keinen Schaden, denn sie bekämen ja ihre Arbeitslosenunterstützung, genau so wie die übrigen arbeitslosen Industriearbeiter.“

Es ist den Ziegelerarbeitern nicht zu verargen, wenn sie über diese Einstellung des Schlichters ihre eigenen Gedanken haben.

Da ist es auch weiter nicht verwunderlich, daß die vom Schlichter gebildete Spruchkammer mit Stimmenmehrheit beschloß, die bisherigen Löhne bis zur ersten Augustwoche weiterlaufen zu lassen. Daß die anwesenden Ziegelerarbeiter diesen Spruch sofort annahmen, kann man sich denken.

Daß die Ziegler über dieses Verhalten der Arbeitgeber erbittert sind, liegt auf der Hand. Es ist durchaus verständlich, wenn sie in Zukunft in puncto Entgegenkommen den Arbeitgebern erklären: „Wie du mir, so ich dir.“

Die Ziegelerarbeiter sind sehr wohl in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, ohne die Verkaufspreise erhöhen zu müssen. Den Beweis liefert folgender Vorfall: Die Zeilegler Ziegeler wurde bei ihrem Arbeitgeber vorstellig, mit dem Bemerkten, sie könne für den niedrigen Lohn nicht mehr arbeiten. Der Arbeitgeber erklärte darauf, er richte sich nach dem Tarif, was dort festgelegt sei, bezahle er. Wenn die Arbeiterschaft jedoch bereit wäre, aus der Organisation auszutreten, dann wolle er verhandeln. Die Arbeiter überlegten sich die Sache und erklärten am anderen Tage, sie seien einverstanden. In der darauffolgenden Verhandlung wurde der Lohn in der Spitze um 11 Pfennig pro Stunde erhöht. Die Verkaufspreise blieben jedoch dieselben wie bisher.

Die Arbeiter sollen sich aber keiner Täuschung hingeben. Hat der Arbeitgeber sein Ziel erreicht und die Organisation aus seinem Betriebe entfernt, dann wird er in nicht allzu langer Zeit sein wahres Gesicht zeigen. Er selbst denkt natürlich nicht daran, aus seiner Organisation auszutreten, weil er genau und viel besser als die Arbeiter weiß, welche Bedeutung sie für ihn hat.

Mehrere Ziegelerarbeiter haben eingesehen, daß mit diesen Löhnen nicht anzukommen ist, und ohne Bedingungen zu stellen, die Löhne erhöht. Als die Arbeitgeber in der Verhandlung darauf aufmerksam gemacht wurden, erklärte einer derselben: „Es mag schon sein, daß es Leute gibt, die nicht rechnen können, aber danach können wir uns nicht richten.“

Die Ziegler müssen aus diesen Vorgängen die einzig richtige Lehre ziehen und die ist: Stärkung der Organisation!

Durch diese Lohnpolitik der Arbeitgeber ist hoffentlich auch den noch Arbeitsstehenden klar geworden, wohin die Reise geht. Deshalb muß jetzt allerorts die Parole lauten: „Hinein in die freie Gewerkschaft der Ziegler, in den Fabrikarbeiterverband!“ Es muß auch wieder eine andere Zeit kommen. Rufen wir für die Zukunft und gedenken wir der Worte Engels:

Eine bessere Welt gestalten könnt ihr zu der Welt nicht, doch ihr müßt zusammenhalten, keiner freie Zeit zurück, Ja, es bricht der Morgenschimmer einer neuen Zeit herein; aber dies vergesst nimmer, einig, einig müßt ihr sein. W. S.

Nahrungsmittel-Industrie

Zuckerarbeiter, geht acht!

In Nr. 22 des „Proletarier“ haben wir an einigen Beispielen gezeigt, mit welchen Mitteln die Arbeitgeber versuchen, die Arbeiterschaft zu entzweien. Wir hatten festgestellt, daß es leider Arbeiter gibt, die den Arbeitgebern durch Kurzsichtigkeit diese Arbeit erleichtern. Heute ein neues Beispiel dafür, wie die Kollegen es nicht machen sollen. In einer mitteldeutschen Zuckerfabrik lehnte die Belegschaft aus Verärgerung es ab, einen Betriebsrat zu wählen. Die Gründe für diese Verärgerung sind uns nicht näher bekannt. Der Arbeitgeber bestimmte darauf einen Betriebsrat, natürlich einen, der ihm genehm war. Über die Taten dieses Betriebsrates war der Arbeitgeber sehr erfreut, die Arbeiter allerdings sehr enttäuscht.

Seine erste Tat war, den Achtstundentag zu beseitigen. Ein dichterisch veranlagter Kollege versuchte seinen Unwillen durch einige Zeilen zum Ausdruck zu bringen, die er in Form eines Gedichtes an die Anschlagtafel des Betriebes befestigte. Es lautet:

An den Betriebsrat!
Lieber Betriebsrat, wir loben dich,
Ja, wir preisen deine Stärke,
Vor dir neigt die Belegschaft sich
Und bewundert deine Werke.
Doch noch kein Betriebsrat war bereit,
Haßt du vollbracht in kurzer Zeit.
Stets war uns der Achtstundentag heilig,
Doch du hast ihn verraten eilig.
Wir sind gespannt auf deine ferneren Taten,
Doch nicht gewillt, mit dir durch dick und dünn zu waten.
Wer dich zu deinem Amt berufen,
Steht wahrlich noch auf tieferen Stufen.
Einer für viele.“

Es ist erfreulich, daß unsere Kollegen in der Zucker-Industrie trotz der schweren Zeit den Humor und den Mut nicht verlieren. Weder der sogenannte Betriebsrat noch die Betriebsleitung, die ihn ernannte, dürfte sich dieses Gedicht hinter den Spiegel stecken. Besser wäre es aber gewesen, die Kollegen hätten von ihrem Recht Gebrauch gemacht und hätten sich einen Betriebsrat gewählt, der ihre Interessen vertreten und den Achtstundentag nicht verraten hätte. Ungebilligliche Verärgerung darf niemals dazu führen, ein Mitbestimmungsrecht preiszugeben, das der Arbeiterschaft durch Gesetz garantiert ist. Die Arbeitgeber der Zucker-Industrie trachten gegenwärtig ohnehin danach, abzubauen. Sachlich ist zu der Arbeitszeitfrage folgendes zu sagen:

Wir haben für die Zucker-Industrie einen Zentralvertrag, der auch für diesen Betrieb galt zu der Zeit, als der Betriebs-

rat den Achtstundentag abschaffe. Dazu hatte er gar kein Recht. Die Arbeitgeber haben feinerzeit freilich die Arbeitszeitbestimmungen gekündigt. Sie haben aber darauf verzichtet, den gesetzlich vorgeschriebenen Weg zu Ende zu gehen. Es ist somit keine andere Regelung an Stelle der tariflichen getreten, infolgedessen galt diese.

Die Arbeiterschaft der Zucker-Industrie mag auch aus diesem Beispiel ersehen, daß die Arbeitgeber alles versuchen, die Situation für sich auszunutzen, um so mehr haben wir Ursache, auf dem Posten zu sein. E. S.

Zur "Notlage" der Zucker-Industrie.

Die Arbeitgeber der Zucker-Industrie klagen bei allen Verhandlungen schlimmer als die Arbeitgeber anderer Industriezweige über die riesige Notlage, in der die Industrie steckt. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es mit dieser Notlage nicht so schlimm sein kann, da ja die Zuckerpreise in diesem Jahre zum Teil bis zu 7/8 über dem Friedenspreis standen. Allerdings macht sich in letzter Zeit ein Rückgang bemerkbar, jedoch stehen die Großmarkthandelspreise immer noch weit über dem Friedensstand.

Die deutsche Zucker-Industrie übernimmt in ihrer Nr. 24 eine Notiz aus der "Magdb. Zig.", wonach für die Kampagne 1924-25 Dollarkredite zur Finanzierung der Zuckerausfuhr flüssig gemacht werden sollen. Es wird in der Notiz davon gesprochen, daß einige amerikanische Groß-Banken sich für diese Sache interessieren. Wir würden es begrüßen, wenn ein deutscher Industriezweig Dollarkredite erhalten würde. Es darf dann wohl — falls dieser Plan verwirklicht wird — für die kommende Kampagne auf ein lohnendes Ausfuergeschäft gerechnet werden. Das wird nach unserer Erfahrung die Arbeitgeber der Zucker-Industrie aber kaum abhalten, auch dann noch über die schlechte Lage der Industrie zu klagen, oder sollte es diesmal anders werden? E. S.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Herr Vorsig und der Achtstundentag.

Im "Arbeitgeber" Nr. 12 vom 15. Juni beschäftigt sich Herr Vorsig mit der Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Achtstundentag. Herr Vorsig stellt die Frage, ob auch der ADGB hinter dieser Interpellation stehe, und jagt dann:

Wird dies bejaht, so stehen die deutschen Arbeitgeber m. E. vor einem entscheidenden Abschnitt in ihrer Stellungnahme zu den Gewerkschaften. Sie haben dann allen Anlaß, sich mit den Mängeln der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu befassen. Anders die Gewerkschaften nicht auch ihre Betrachtungsweise über die sachlichen Wirtschaftspragen und suchen sie keine Verständigung mit uns auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse und mit dem Ziel nationaler Wirtschaftsfreiheit und nationaler Wirtschaftsaufstiegs, dann haben wir deutschen Arbeitgeber kaum noch etwas mit ihnen zu verhandeln. Sie würden sich dann in der Tat als eine Organisation darstellen, die nicht zur berufständigen Förderung deutscher Arbeiterinteressen auf deutschem Boden und in deutscher Wirtschaft arbeitet, sondern die sich als Selbstzweck ihrer Funktionäre, als Fremdkörper zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft einschleibt und den Wirtschaftskreislauf in den Betrieben stört.

Herr Vorsig ist ein kluger Mann, deshalb frapportiert uns diese seine Ansicht. Vom Standpunkte der Gewerkschaften aus gesehen, haben die Unternehmerverbände auch allerlei Mängel. Aber weshalb haben denn die Arbeitgebervertreter bisher über Lohn- und Arbeitszeitfragen verhandelt? Doch nicht aus Freundschaft und Liebe zu den Gewerkschaften und ihren Führern. Die Arbeitgeber verhandeln, wenn sie müssen, und wenn sie gerade den Frieden besser gebrauchen können als den Kampf. "Deutsche Arbeiterinteressen", "deutscher Boden", "Fremdkörper zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft" sind in diesem Falle so banale Redensarten, daß ein Mann wie Vorsig sie besser nicht zu Papier gebracht hätte. Dadurch, daß Herr Vorsig mit den Argumenten der rückständigsten Kleinrentner sich, wird er keinen Gewerkschaftsführer irre machen können. Die "kommenden Dinge" entwickeln sich doch zwangsläufig.

Kommunistische Rastlosigkeit

Bei der Eröffnung des sogenannten 5. Weltkongresses der kommunistischen Internationale am 17. Juni 1924 in Moskau hat auch der seit dem Jahre 1917 gewerkschaftlich organisierte Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale, der Akademiker Lojowski, jetzt inaktiver Arbeiter, in einer Begrüßungsansprache ausgeführt, daß auf dem Wiener Kongress kein Wort über den Klassenkampf fiel. Nur die bolschewistischen Parteien führen einen revolutionären Kampf.

Janzsch hat Herr Lojowski ein bißchen geschwindelt. Außerdem braucht eine Organisationsrichtung, deren Glieder den Klassenkampf schon seit Jahrzehnten geführt haben, als Herr Lojowski noch unorganisiert war, nicht durch fürchterliche Worte nachzuweisen, was sie ist und will. Nur wer etwas vorbringen will, was gar nicht ist, der muß Reden machen, was den wilden Mann markieren, weil er in der Praxis nachlässig ist. Wenn die Worte Lojowskis einmal so solide sind wie seine Taten — er hat erst 1917 Amt bekommen, als nichts mehr zu befürchten war —, dann ist er fertig. Seine Inzereien sind nicht nötig, sondern demagogisch.

Der Zeitschmerz ist krank.

Unter dieser Überschrift, die ein Gedächtnis des Klassenkampf-Redaktions (Hans-Meyer) ist, beschäftigt sich die "Proletarier" Nr. 23 mit Vorgehen in Bitterfeld. Die Nr. 22-24 des Klassenkampfes vom 21. Juni berichten nun, daß dieses kommunistische Organ nicht weniger gewerkschaftsfeindlich wirkt. Es ist nicht notwendig, über die Gewerkschaften einen Mißverständnisse wahrzunehmen, den einzigen Erfolg des Klassenkampfes innerhalb der eigenen Klasse. Als einen guten Weg anzusehen ist die Tatsache, daß der Klassenkampf — jenseits der Verleumdung kommt. Ja, ja die Spiegelscheiter. Aber so sind alle großen Fehler. Kostlos ist das Gedächtnis des Klassenkampfes, daß unter Aufzählung der Gewerkschaften der Zahl der unteren Verbände, sich nicht mehr sehen lassen darf. Was wäre also die Frucht der vorliegenden Tätigkeit des Klassenkampfes?

Was dieses Organ über Paul und Hans Meyer schreibt, die beiden hätten die Angelegenheit an Handlungen des Gewerkschaftsverbands angeordnet, Unschicklichkeiten zu machen für die Ent-

lassung der kommunistischen Angestellten, ist zu dümmen Schwindel, als daß es einer Widerlegung bedürfte. Schließlich ist das auch das Produkt eines Gehirns.

Außerdem ist der Schmerz der kommunistischen Presse zu verstehen, daß sie jetzt nicht mehr ihre Berichtsfaktoren an der Quelle sitzen hat. Nebenbei kommt immer wieder die Sehnsucht nach einem verlässlichen Botschaften zum Ausdruck. Es ist sonderbar, daß diese Leute sich anscheinend dort am wohlsten fühlen, wo sie logischerweise nicht hingehören. Das ist doch ganz bestimmt auch eine krankhafte Neigung.

Der "Klassenkampf"-Redaktion wünschen wir gute Besserung.

Ihr

braucht keinen Verband, sagen manche Unternehmer ihren Arbeitern. Es besteht ja ein Bezirksstarif, und der gilt auch für euch. Ihr

habt

also denselben Lohn wie die organisierten Arbeiter, ohne daß ihr Beiträge zu zahlen braucht. Stimmt diese Darstellung der Unternehmer?

ja

vorerst schon, solange der Verband Bezirksstarife abschließt, die für allgemeiner verbindlich erklärt werden. Ist jedoch die Arbeiterschaft irgendeines Bezirkes nicht mehr organisiert, dann gibt es für diesen Bezirk keine Organisation und ohne diese auch keinen

Bezirksstarif.

Berichte aus den Jahresteben.

Altenburg. Gustav Erler gestorben. Am 18. Juni wurde der Mitbegründer und langjährige Funktionär unserer Jahrestelle, Gustav Erler, zu Grabe getragen. Kollege Erler hat nur ein Alter von 59 Jahren erreicht. Durch den frühen Tod seines Vaters mußte er seine Lehrstelle als Schriftsetzer aufgeben, damit er zum Unterhalt der Mutter und Geschwister durch Verdienst beitragen konnte. Als ungelerner Arbeiter hat er bis zu seinem Lebensende in den verschiedensten Gewerben gearbeitet. Schon früh erkannte er, daß die Arbeiterschaft nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihre wirtschaftliche Lage verbessern kann. Als sich 1896 eine Anzahl ungelerner Arbeiter zusammant, um unsere Jahrestelle Altenburg ins Leben zu rufen, gestellte sich Kollege Erler zu ihnen und wurde der treueste Mitarbeiter. In der Ortsverwaltung war er jahrzehntelang Schriftführer und Revisor, vorübergehend auch Vorsitzender, ebenso Kartelldelegierter. Als die Gewerkschaft im Verbande geschaffen und noch nebenamtlich verwaltet wurde, bekam Altenburg den Sitz des Rates V. Bis zum Abgang des Geschäftes nach Dresden durch Anstellung des Kollegen Renting behandelte Kollege Erler das Amt des Schriftführers im Gewerkschaftsamt. Auch am "Proletarier" hat Kollege Erler verschiedentlich als Berichtsfahrer mitgearbeitet. Als Redakteur trat er wenig hervor, wenn er es tat, hatte er das Ohr der Versammelten, weil seine Ausführungen von äußerster Sachlichkeit und bester Logik waren. 1904 vertrat er die Jahrestelle als Delegierter auf dem Verbandstage in Hamburg. Kollege Erler hat alle Entbehrungen durchgemacht, die sich aus widerholten Maßregelungen und öfterer Arbeitslosigkeit ergeben. Er hielt sich nur dadurch über Wasser, daß er jede Arbeitsgelegenheit ergriß, die sich ihm gerade bot. Außer seiner Tätigkeit für den Verband war er politisch und gewerkschaftlich noch tätig. Ein arbeits- und erbehrungsreiches Proletarierleben hat nach mehrjähriger Krankheit sein Ende gefunden. Seine Tretre wird ungetröstet bleiben.

Rundschau.

Das patriotische Kapital.

Auf den Sieg der französischen Linksparteien erfolgte ein scharfer Rückgang des französischen Franken, der immer noch anhält. Auch sind die Kurse der Aktien und der Staatsanleihen beträchtlich zurückgegangen. Zuerst dachte man, daß der Rückgang aus der Angst entspringen sei, daß die amerikanische Morgengruppe, die Frankreich gelegentlich des großen Frankensatzes ein kurzfristiges Darlehen gewährte und dafür bindende Zusagen von Poincaré erhielt, der neuen Regierung die Verlängerung der Anleihe verweigern könnte. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Anleihe bereits zurückgezahlt ist. Die Nationalbank war in der Periode, als die Spekulant für die Deckung ihrer Schulden Franken kaufen mußten, in der Lage, billig Dollars aufzukaufen, woraus nicht nur die Anleihe gefügt, sondern noch ein beträchtlicher Gewinn für die Bank übrigblieben konnte. Der Frankensatz und dessen Andasera nach dem Siege der Linken hatte einen anderen Grund: die Kapitalisten hatten Angst vor einer Vermögensabgabe bekommen. Das finanzielle Programm Herrriots ist radikal, es will mit dem gegenwärtigen System der ungerechten Steuerbelastungen, die mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen ausmachen, aufhören und den Besitz stärker heranziehen. Demzufolge hat — tra, härter Androhung seitens Herrriots — die Flucht des Kapitals nach dem Ausland eingesetzt, die den inländischen Geldmarkt wie auch die Kurse wieder herabdrückte. Beim beginnenden neuen Frankensatz erschien dann die Spekulation wieder auf dem Platz und hat zur weiteren Verschlechterung der Salafia beigetragen.

Was kostet das Geld?

Der Zinssatz, zu welchem Geld als Darlehen erhältlich ist, wird von den Notenbanken der einzelnen Staaten geregelt. Der Privat-zinssatz, das heißt der Zinssatz, zu welchem andere Geldgeber als die Notenbank Darlehen gewähren, pflegt in der Regel niedriger zu sein, als der von der Notenbank, der Bank der Banken, festgesetzte "Bankzinssatz". Daß zum Beispiel in Deutschland gegenwärtig das Gegenteil der Fall ist und der Privatzinssatz seit langem sehr beträchtlich höher liegt als der Reichsbankzinssatz, ist ein abnormer Zustand, der den gläubigen Inhabern von Reichsbankdarlehen zu riesigen Gewinnen verhilft. Gegenwärtig beträgt der Bankzinssatz in den verschiedenen Ländern: England, die Vereinigten Staaten und die Schweiz 4 Prozent, Holland, Spanien 5 Prozent, Schweden, Belgien, Italien 5 1/2 Prozent, Frankreich, Rußland, Dänemark, Bulgarien, Rumänien 6 Prozent, Norwegen, Dänemark 7 Prozent, Japan 8 Prozent, Finnland, Dänemark 9 Prozent, Deutschland, Ungarn 10 Prozent, Österreich 12 Prozent.

Frauenfragen.

Die Gleichberechtigung der Entbehrung.

In der Hamburger Logung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege sagte der Referent Stadtrat Dr. Schloffer: "Die Währung ist stabilisiert, stabilisiert ist aber auch die Entbehrung in Deutschland. Die Wohnungsnot scheint sich vermindern zu sollen, Mangel an Wasser fördert die Gesundheitsfragen, der Geburtenüberschuß fällt dauernd und die Fehlgeburten nehmen erschreckend zu." Dr. Schloffer

schätzt die Zahl der Fehlgeburten auf jährlich eine halbe Million, Professor Dr. Verzmann sogar auf 600 000 bis 700 000. Wenigstens bei der Hälfte liegt Abtreibung vor. Zu diesem erschreckenden Bild gehört auch noch die Feststellung von Professor Dr. Dringalst, derzufolge heute jeder sechste Mensch in Deutschland geschlechtskrank ist (oder war).

Verbandsnachrichten.

Das Verbandsjahr 1923.

Die ungeheuren Gelbbeträge, wie sie im zweiten Artikel über "Das Finanzwesen" zur Darstellung kommen, haben auch der Redaktion den Kopf verdreht. Im Anschluß an die zahlenmäßige Wiedergabe der Bilanz heißt es:

Unser Kassenbestand am Schluß des Jahres 1923 betrug in Gold- resp. Rentenmark (Dollar 4,2 Billionen) 37 251,48 Mk.

Der hier angegebene Kassenbestand ist in Dollar ausgedrückt, also noch nicht in Goldmark umgerechnet. Nehmen wir diesen Betrag 4,20 mal, dann ergibt sich der richtige Kassenbestand in Mark, nämlich 156 456,23 Mk. An den übrigen Zahlen ändert sich nichts.

In den gebundenen, vom Vorstand gelieferten "Proletarier", wird die richtige Zahl eingesetzt. Wer seine "Proletarier" sammelt, möge am Rande die Korrektur selbst vornehmen.

Flugblätter zur Agitation.

Die Gew- und Zahlstellenleitungen seien darauf aufmerksam gemacht, daß die zur Agitation notwendigen Flugblätter für die chemische Industrie, für die Papier-Industrie und ein Flugblatt für die allgemeine Agitation bereit liegen.

Vergleichen können vom Hauptvorstand wieder bezogen werden gedruckte "Mahn schreiben" an Mitglieder mit Beitragsrückständen.

Die Zahlstellenleitungen wollen alsbald die Zahl der von ihnen benötigten Exemplare der hier genannten Druckschriften beim Hauptvorstand bestellen und ausgiebigen Gebrauch davon machen im Interesse der Gesamtorganisation. Es gilt, den Aufbau des Verbandes mit aller Zähigkeit zur Durchführung zu bringen.

Literarisches.

Wir wollen werden, wir wollen wecken. Gedichte von Ludwig Lese n. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Kartoniert 35 Pf., in Halbheften 70 Pf. Eine neue kleine Gedichtsammlung von Ludwig Lese ist jeben erschienen. Es sind Strophen, die sich fast durchweg in Gedanken- und Gefühlskreife jugendlicher Arbeiter bewegen: Stimmungen, Kampfrufe, Ausblicke. Der Dichter gibt dem, was ungezählte junge Herzen erfüllt, Klang und Ausdruck. Er peitscht auf und reißt mit. Mit wenigen Strichen zeichnet er den Alltag des jugendlichen Arbeiters, füllt er sein Hoffen und Sehnen mit leuchtenden Farben. Nicht nur den Jungen, sondern auch den Alten wird deshalb sein Buch eine willkommenes Gabe sein, zumal sich vieles aus seinem Inhalt vorzüglich zum Rezitieren eignet.

Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt, von Hans Sach m a c h. 32 Seiten, broschürt, Preis 30 Pf. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. In diesem Büchlein bemüht sich der Verfasser, den Jugendlichen einige Kerngedanken des Sozialismus verständlich zu machen. Zwei Arbeiterjugend treien in den sozialistischen Jugendverein ein und finden nun Gelegenheit, sich mit einem älteren Freunde über allerlei Probleme zu unterhalten. Sie diskutieren über die Gleichberechtigung, die Gesellschaftsklassen, das Klassenbewußtsein, über Solidarität und Kameradschaft nfm. Der Verfasser weiß die einzelnen Fragen zu klaren Schläßen zu fesseln. Nicht nur im Jugendverein, auch im Elternhaus kann dies Büchlein gute Dienste tun.

Gemeindefinanzen und Gemeindefinanzern in Preußen von Bürgermeister Bruno Wsch. Verlag: Union-Druckerei und Verlagsanstalt, O. m. h. S., Frankfurt a. M., Großer Hirschgarten 17. Preis 1,50 Goldmark. Wie oft kommen Gemeindevorsteher in die unangenehme Situation, plötzlich zu einer neu auftauchenden Finanzfrage ihrer Gemeinde Stellung nehmen zu müssen. Das war vor dem Kriege eine höchst einfache Sache. Nach dem Kriege, wo das Reich fast die gesamte Steuerhoheit an sich gerissen hat, wo den Gemeinden nur traurige Reste eigener Einnahmen bleiben, ist die Finanzfrage der Gemeinden eines der mysteriösesten Kapitel. Bürgermeister Wsch gibt durch seine Schrift dankenswerte Aufklärungen. Er untersucht die heutigen Steuerarten auf ihren finanziellen und wirtschaftlichen Charakter, bespricht in diesem Zusammenhang die oft unzulängliche Finanzpolitik der Gemeinden und bringt dafür Taffchenmaterial in Fülle und Fülle. Seine Vorschläge für neue Einnahmemeinellen sind größter Beachtung wert; hier spricht ein Fachmann zu uns, was den Wert des Buches erheblich erhöht.

Ein Teufel, der bei Tage raubt und nachts belst, so bezeichnete sich selbst Francis Drake, ein Mann, dem England auch und nicht viel verdankt, denn seine Kaperefahrten zeigten, weli ungehener Wert für die Erffizenz des englischen Inselvolkes eine starke Flottenmacht und der Besitz von Kolonien bedeutete. Originalberichte über diese auf Befehl der Königin Elisabeth von Drake nach den spanischen Besitzungen in Amerika ausgeführten Kaperefahrten bringt ein neuer Band der wärmstens zu empfehlenden Brockhaus-Sammlung "Alle Reifen und Abenteuer" (Bd. 10: Francis Drake, Als Freibeuter im Spanisch-Amerika. Bearbeitet von Dr. Hans Damm. Mit 39 Abb. und 3 Karten. Gebunden 2,50 Goldmark).

Wie in allen bisher erschienenen Bänden Mejer dank ihrer Wohlfeilheit für weite Kreise zugänglichen Sammlung sind auch hier wieder verschiedene Berichte von Gefährten Drakes auf seinen Reisen zu einem gerundeten Ganzen zusammengesteilt. Drake erhielt von der Königin Elisabeth den Befehl, den aufblühenden spanischen Handel an der Küste Amerikas zu stören, und er entledigte sich seines Auftrages als Führer einer Piratenflotte, die die Befahrung des Atlantischen und Stillen Ozeans auf ein Meerschellenalter hinaus für alle nicht unter englischer Flagge segelnden Schiffe fast unmöglich machte. Zahllose Abenteuer auf See, Kämpfe mit Sturm und Not, reiche Beutezüge, Meuterei in der eigenen Mannschaft, überfälle von Eingeborenen. — Das fesselnde Buch bietet daneben reiche Belehrung in geographischer und ethnographischer Beziehung.

Auch diesem Band der Sammlung sind prächtige zeitgenössische Bilder und vortreffliche Karten beigegeben.

Geschwister Seeger gesucht!

Der Kollege Jakob Beer sucht seine beiden Stiefschwester Seeger, Josepha, geb. 19. März 1884 zu Ammerfeld in Bayern, Seeger, Kretzen, geb. 22. Mai 1882 oder 1883 zu Lagernheim. Beide werden dringend ersucht, ihre genaue Adresse und Personalia an das Bureau des Fabrikarbeiter-Verbandes, Dresden-A., Schützenplatz 20, III., einzureichen.

Es ist möglich, daß sich die Betroffenen in der Zwischenzeit verheiratet haben und nunmehr nicht mehr Seeger heißen. Die Mitgliedschaften werden gebeten, Umschau zu halten und uns ihre Wohnverhältnisse an die genannte Adresse mitzuteilen. [6.-A.]